

„Der brutale Griff in die Taschen des kleinen Mannes“

CDU und CSU starten z. Zt. mit großem Aufwand eine Sympathie-Kampagne. Dadurch soll vor allem den sozial Schwachen der Blick vernebelt und eine heile Welt vorgaukelt werden.

Die Gründe liegen auf der Hand! Die CDU/CSU/FDP-Regierung hat ein Stimmungstief. Würden jetzt Bundestagswahlen stattfinden, sie würden zusammen nur knapp über 40% der Stimmen erreichen. Die Wahlen in Berlin haben sie fürchterlich erschreckt. Was ist die Ursache? In noch nie dagewesenem Umfang hat diese schwarzgelbe Bundesregierung zum Sozial-Kahlschlag ausgeholt. Das Jahr 1989 und 1990 wird für Großverdiener erhebliche Entlastungen und für die Arbeitnehmer, Arbeitslosen, Rentner, Kranke und Verbraucher beträchtliche Mehrbelastungen bringen.

Steuerreform, Gesundheitsreform und die Änderungen im **Arbeitsförderungsgesetz** werden in Arbeitnehmerhaushalte erhebliche Löcher reißen. Schlag auf Schlag und ohne Rücksicht auf demokratische Spielregeln zerschlägt diese Bundesregierung unseren Sozialstaat zu gunsten der Großverdiener. Bald wird es wie in Amerika nur noch ganz Reiche und ganz Arme geben.

Ab 1. Jan. 89 darf man nicht mehr krank werden, denn Kranksein ist teuer geworden.

Für Arzneimittel muß mehr bezahlt werden

- Brillen und Hörgeräte sind teurer geworden

- der Zahnersatz muß mindestens zur Hälfte selbst bezahlt werden

- 10,- DM pro Tag Zuzahlung bei Krankenhausaufenthalt

- Fahrtkosten zum Arzt oder ins Krankenhaus müssen selbst bezahlt werden

- sogar das Sterben ist erheblich teurer geworden.

Das Sterbegeld wird auf 2.100,- DM gekürzt; wer neu in die Krankenversicherung eintritt, erhält kein Sterbegeld mehr.



Und die Steuerreform?

Sie bringt für den Normalverdiener minimale, für die Großverdiener aber grandiose Entlastungen.

So beträgt bei einem Bruttoeinkommen pro Jahr von 40.000 DM die Entlastung nur 2,6%, bei einem Einkommen von 200.000 DM pro Jahr dagegen 10,1%. Arbeitslose und Rentner erhalten überhaupt keine Entlastung. Sie zahlen die Zeche am kräftigsten, denn die derzeitige Bundesregierung hält sich schadlos.

Ab 1. Jan. 89 wurden die **Verbrauchssteuern** kräftig angehoben. Bei Benzin, Erdgas, Heizöl, Tabak, Versicherungen ect. wird kräftig abkassiert. Dazu kommt noch die **Quellensteuer**, die nur der kleine Mann zahlt, weil der Großverdiener ins Ausland transferiert.

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Sulzbach-Rosenberg!

Mit der ersten Ausgabe der „Roten Feder“ nimmt der SPD-Ortsverein Stellung zu aktuellen Problemen unserer Zeit. Die „Rote Feder“ ist die Zeitung der Sulzbach-Rosenberger SPD. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, die Politik des Ortsvereins und der SPD-Fraktion im Sulzbach-Rosenberger Stadtrat der Bevölkerung näher zu bringen. Zugleich soll die „Rote Feder“ Diskussionen in der Bevölkerung anregen und zum Mitmachen aufrufen. Die Zeitung will Anstöße geben und zur kritischen und konstruktiven Beurteilung unserer Politik auffordern.

Ein weiteres Anliegen ist es, Gedanken und Ideen aus den Wohn- und Lebensbereichen unserer Stadt, die den Bürgern am Herzen liegen, aufzunehmen und nach Möglichkeit umzusetzen. Uns geht es nicht um die große Politik, sondern um die überschaubaren Bereiche in unserer Stadt. Es sind oft kleine Denkanstöße oder Hinweise, die in Bezug auf Lebensqualität viel verändern können. Allzu oft werden Planungen für die Bürger gemacht, aber leider, ohne daß er seine Vorstellungen mit einbringen kann.

Nach vielen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt wissen wir, daß es in den Wohnbereichen und im Wohnumfeld gute Ideen gibt. Deshalb sind wir zuversichtlich und hoffen auf Ihre Mitarbeit. Nutzen Sie unser Angebot, wenn Sie Mißstände verändern wollen.

Ihre Redaktion
„Rote Feder“

Der brutale Griff . . .

Das bedeutet:

Die geringen Steuerentlastungen für den Normalverdiener ab 1990 werden vorher schon kräftig abkassiert. Unter dem Strich zahlen wir drauf. Schichtarbeiter, deren Zuschläge künftig versteuert werden, sind neben den Arbeitslosen und Rentnern die großen Verlierer.

Stoltenberg und Blüm lassen grüßen!

Aber nicht genug damit. Durch die Steuerrechtsänderungen seit der WENDE ergeben sich für Städte und Gemeinden jährliche Steuerausfälle von mehr als 6 Milliarden DM. 1990 kommen jährlich weitere 5 Milliarden hinzu. Durch Geldentzug und Kostenexplosion vor allem bei den Sozialhilfeausgaben als Folge gewollter oder geduldeter Massenarbeitslosigkeit wird die Lage der Städte und Gemeinden weiter drastisch und besorgniserregend verschlechtert.

So auch in Sulzbach-Rosenberg.

1,5 Mio jährlich werden zusätzlich fehlen. Statt an eine **Gemeindefinanzreform** heranzugehen, wälzt man das Problem zu Lasten der kleinen Leute ab. Investitionen können nicht oder kaum mehr vorgenommen werden. Die Gebühren auf allen Ebenen (siehe Nov. 88 in Su.-Ro.) werden raketenhaft angehoben.

Der staunenden Menschheit erzählen dann diese konservativen Politiker: Die Kosten sind die Ursache - man müsse Einnahmen und Ausgaben abgleichen. Die **Großverdiener** können sich das leisten. Wer aber denkt an Arbeitnehmer, Arbeitslose, Rentner, Sozialplünder? **Die CSU bestimmt nicht. Deren Klienten sind die Reichen.**

BÜRGERINNEN UND BÜRGER -

Die CDU-CSU-FDP hat die WENDE versprochen. Sie macht ihr Versprechen wahr: Umverteilung von unten nach oben.

Stoppen wir diesen Prozess der Zerschlagung. **Wir sind die Mehreren!** Bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. **Stoppt Kohl, Lambsdorff, Stoltenberg, Waigel und Blüm.** Gebt ihnen mit dem Stimmzettel einen Denkmittel.

Wohnen und Umwelt in unserer Stadt

Kaum eine Stadt von der Größenordnung Sulzbach-Rosenbergs kann einen solch ausgedehnten Grüngürtel vor ihren Mauern aufweisen, wie das für unsere „südliche Stadt“ zutrifft. Vom Bahnhof zum Stadtpark (alt) am Stadtweiher vorbei, über das Gelände des ehemaligen Stadtbades hinweg bietet sich bis zum Getränkemarkt Ostermann eine ausgedehnte Grünfläche zur vielfältigen Gestaltung an. Phantasiebegabte Gartenbau- bzw. Landschaftsarchitekten könnten die z.T. recht farblosen, wenig abwechslungsreichen Anlagen mit Leben erfüllen. Versäumnisse der Vergangenheit sind überall sichtbar. An Vorschlägen zur Verbesserung der Situation mangelte es in der Vergangenheit nicht. Schon im Langzeitprogramm der SPD von 1978 wurde u.a. angeregt, neben einem Musikpavillon eine Brunnenanlage und ein Wassertretbecken anzulegen. All dies wäre natürlich in ein landschaftsplanerisches Gesamtkonzept einzubinden, das das ganze Areal berücksichtigt. Dabei muß eine sinnvolle Anbindung des Bereichs des ehemaligen Schwimmbades und dessen Verwendung angestrebt werden.



Wiese am alten Stadtbad



Wiese am alten Stadtbad

Zu denken wäre dabei an ein Kinderplätzchen, an Bolz- und Spielplätze u.ä. Die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür liegen vor. Zur Zeit entsteht in diesem Bereich ein Gaststättenbetrieb, der den „Parkwanderer“ sicher gut versorgen wird. Vom Bahnhof her in Richtung Stadtpark/Stadtweiher kann die Parkanlage linksseitig von einer gefälligen Wohnbebauung begleitet werden. Hier bieten sich sicher interessante Möglichkeiten. Die Silhouette der Altstadt begrenzt den Blick nach Norden zu.

Leider läßt die finanzielle Lage der Stadt nur wenig Spielraum zur Realisierung der gemachten Vorschläge. Als erster Schritt aber sollte nun eine Planung gefordert werden, die es ermöglicht, in kleinen Abschnitten, Jahr für Jahr sinnvolle, gärtnerische Maßnahmen durchzuführen. Diese müßten ohnehin schon wegen der Wachstumsdauer der Pflanzen auf lange Zeit vorgesehen werden.

Asyl in Europa

Argumente gegen Stammtischphrasen

Marktschreier haben derzeit eine Klamotte im Sonderangebot: „Asylanten raus!“ Ihre Ramsch-Parolen klingeln in den Ohren. Was ist dran an ihnen, hält das Billigstsortiment einem Warentest stand? Oder sind die angeblichen Daten der Ausländerfeinde „getürkt“? SM konfrontiert im folgenden einfältige Phrasen mit harten Fakten und Zahlen aus der EG. Wir „dokumentieren“ deshalb ein Stammtischgespräch zwischen dem rechtsgestrickten „Billigen Jakob“ (BJ) und dem informierten „Wahren Jakob“ (WJ).

BJ: Deutschland wird von einer „Asylantenflut“ überschwemmt.

WJ: Vom großen Weltflüchtlingsstrom tröpfelt in die Bundesrepublik ein Rinnsal von weniger als 1 Prozent! Wir haben zwar in der EG nach absoluten Zahlen die meisten Asylbewerber, 1988 waren es 103.000. Aber das kommt nur daher, weil rund 50 Prozent aller Asylbewerber aus dem Ostblock kommen. Diese „offene Tür“ gegenüber den kommunistischen Nachbarn wurde gerade von den Rechten propagiert, den Ostlanddreitern und Stahlhelmen, die vor lauter Antikommunismus gar nicht wußten, was sie taten und für die jeder aus dem Ostblock schon aus ideologischen Gründen als „politisch“ Verurteilter gilt.

Und gerade die wollen den BürgerInnen weismachen, alle Asylbewerber kämen aus der Dritten Welt, und auch nur, weil es ihnen dort meist wirtschaftlich nicht so gut gehe. Eine infame Zweckpropaganda! Nein! Rund jeder zweite Asylbewerber kommt aus dem Ostblock.

Im übrigen: Dieselben Politiker, die jetzt aus billigen wahltaktischen Gründen wieder im Katastrophenjargon gegen Zehntausende von „Asylanten“ mobilisieren und das Gespenst einer „durchraßten“ Gesellschaft an die Wand malen (und es dann hinterher nicht gewesen sein wollen, wenn die Ernte ihrer Saat Rechtsradikale einfahren) singen heute aus „Heim-ins-Reich!“-Ideologie gegenüber Hunderttausenden von „Aussiedlern“

das schöne Lied „Ihr Kinderlein kommet, oh kommet doch all“.

BJ: Wir sind ein verkapptes Einwanderungsland geworden. Bei uns werden viel mehr Asylbewerber anerkannt als anderswo.

WJ: Auch das ist ein Propagandamärchen. Die Zahlen aus den anderen Ländern sehen ganz anders aus: Der Anteil der anerkannten Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung betrug 1986 (dem letzten Jahr, für das Vergleichszahlen aus der EG vorliegen):

Dänemark 0,17 Prozent
Bundesrepublik 0,21 Prozent
(1988 waren es nur 0,16 Prozent)
Großbritannien 0,24 Prozent
Frankreich 0,31 Prozent
Belgien 0,37 Prozent
USA 0,43 Prozent

Schweiz 0,49 Prozent
Schweden 1,09 Prozent

BJ: Wir haben das liberalste Asylrecht in der ganzen EG!

WJ: Die Bundesrepublik hat bei weitem nicht die großzügigste Asylgesetzgebung. Die Anerkennungsquote lag 1988 bei ganzen 8,6 Prozent. Das heißt: Von 100 Asylbewerbern werden 91 nicht als politische Flüchtlinge nach Artikel 16 des Grundgesetzes anerkannt. Die letzten verfügbaren Zahlen aus unseren Nachbarländern sehen ganz anders aus. So liegt die Anerkennungsquote – bei uns wohlgerückt: 8,6 Prozent (1988) – in

Frankreich bei 39,4 Prozent (1986)

Belgien bei 47,2 Prozent (1986)

Italien bei 50,2 Prozent (1986)

Dänemark bei 72,6 Prozent (1986)

BJ: Zu uns kann kommen wer will und bekommt Asyl!

WJ: Seit 1975 sind 705.000 Asylbewerber in die Bundesrepublik gekommen. Von ihnen wurden nur 97.003 anerkannt. In 14 Jahren. Aufgeschlüsselt sieht die Entwicklung so aus:

BJ: Den Flüchtlingen geht's zu gut bei uns. Unsere Sozialleistungen für sie sind Spitze. Und arbeiten tun sie auch nicht.

WJ: Die Bundesrepublik hat nicht die besten Sozialleistungen in der EG. Asylbe-

werber bei uns leben keinesfalls in einem Schlaraffia.

Das beweist folgende Übersicht:

Bundesrepublik: Sammelunterkunft, Gemeinschaftsverpflegung, rd. 80 DM Taschengeld/Monat, Arbeitsverbot 2 Jahre.

Frankreich: Taschengeld 450 DM/Monat; kostenlose medizinische Versorgung, wesentlich bessere Unterbringung, meist in Häusern für junge französische Arbeitnehmer, Arbeitserlaubnis bereits einen Monat nach Antragstellung.

Großbritannien: üblicher Sozialhilfesatz für Asylbewerber, Arbeitserlaubnis sechs Monate nach Antragstellung.

Dänemark: Taschengeld 550 DM/Monat, Arbeitsverbot während des gesamten Verweilens.

Belgien: Taschengeld 750 DM/Monat, Arbeitserlaubnis, wenn Arbeitgeber eine vorläufige befristete Arbeitserlaubnis anfordert.

Die Zahlen für die Bundesrepublik stammen vom Wiss. Dienst des Dt. Bundestages bzw. wurden Dr. Schöfberger am 1.2.89 vom Bundesinnenministerium genannt.

Die Vergleichsdaten für die EG wurden uns von Dr. Gerhard Schmid, MdEP, genannt und entstammen dem sog. „Vetter-Bericht“ an das Europäische Parlament.

Jahr	Zahl der Asylbewerber	Anerkennungen	Prozent
1975	9627	2926	30,4
1976	11123	2654	23,9
1977	16410	1896	11,6
1978	33136	2306	6,7
1979	51493	6573	12,8
1980	107818	12783	11,9
1981	49391	8531	17,3
1982	37423	6209	16,6
1983	19737	5032	25,5
1984	35278	6566	18,6
1985	73832	11424	15,5
1986	99650	15844	15,9
1987	57379	5394	9,4
1988	103076	8865	8,6
Insgesamt	705373	97003	13,75

So g'seng . . .

Auch wenn der Weg nur kurz ist, den er zurückzulegen hat: Der moderne Mensch lebt nach der Devise „**Besser schlecht gefahren als gut gelaufen**“. Während es bei der Ausstattung der Bevölkerung mit Automobilen noch Steigerungsraten gibt, ist die Zahl der Parkplätze in den Städten leider nicht zum gleichen Maße mitgewachsen. Wurden früher Königreiche für Pferde angeboten, stehen heute freie Flecke für die PS-Karosse ähnlich hoch im Kurs. Was lag also für den Sulzbach-Rosenberger Stadtrat näher, der Schar verzweifelter Autofahrer in der Umlaufbahn die Landemöglichkeit in einer Tiefgarage anzubieten?

Jede Neuerung hat aber auch Gegner, die ihren Nutzen im Zweifel ziehen. Der Tiefgarage ging es da nicht besser. „**Überflüssig**“ meinten manche, während ihr andere immerhin das eine Gute zugestanden, als wetterfeste Zuflucht für verregnete „**Altstadtfeste**“ dienen zu können.

Jetzt, da sie fertig und finanziert ist, soll uns das nicht mehr beschäftigen, zu was die Garage im Bauch des Luitpoldplatzes außer Parken noch gut sein könnte. Das Parken in der Tiefgarage hat indes eine Voraussetzung: **Sie muß, um hineinfahren zu können, geöffnet sein**. Das ist eine Binsenweisheit, meinen Sie? Richtig! Ob dieser Gedanke tatsächlich in allen Köpfen verankert ist, steht seit der Januar-Sitzung des Stadtrats nicht mehr mit Sicherheit fest. Es ging da um die Öffnungszeiten, die für die Benutzerfreundlichkeit ja nicht ganz unmaßgeblich sind.

Zu einer Entscheidung rang sich das Rathaus-Parlament noch nicht durch, denn gut Ding will auch in der Kommunalpolitik Weile haben! Und zu was wären Ausschüsse da, - wenn nicht, - um Streitfragen an sie zu verweisen? Der unbefangene Zuhörer wurde freilich den Eindruck nicht los, der eine oder andere Redner habe vielleicht den Namen „**Schloßgarage**“ nicht ganz richtig verstanden und an eine Vorrichtung gedacht, die es ermöglicht, die Garage zuzusperren.

Wie tückisch von der deutschen Sprache, das eine Wort „**Schloß**“ mit verschiedenen Bedeutungen zu belegen! So gesehen wäre „**Herzogs-Garage**“ vielleicht der geeignetere Name gewesen, denn in einem ließen sich die Herrscher des Sulzbacher Musenhofs so leicht von niemand übertreffen, nämlich der „**Offenheit**“.

ROTE FEDER - Zeitung des SPD-Ortsvereins, Sulzbach-Rosenberg

Herausgeber:

Jörg Haucke, Joachim Bender, Hermann Völlger, Helmut Wiesent

Redaktion:

Jochen Eger, Jörg Haucke, Franz Kick, Franz Meindlschmidt †, Sepp Stepper

Zuschriften an:

Jörg Haucke, Schelmesgraben 16, Tel. 09661/4466, 8458 Sulzbach-Rosenberg
Druck: Druckerei & Verlag R. Keck, Su.-Ro.

Die Rentenreform

Ein Thema, das ALLE angeht!!!

am 6. April 1989

Referent: Wolfgang Sieler, MdB

Zeitpunkt und Ort werden noch bekanntgegeben!

Die Fraktion und ihre Meinung:

Industrie-Ansiedlung Fatzen

- Pro und Contra -

Die Maxhütte beschäftigte 1966 noch 9.600 Arbeitnehmer - rund 4.700 davon in Sulzbach-Rosenberg.

Bei der Neuen Maxhütte werden ab 1990 1.600 arbeiten, d.h. über 3.000 Arbeitsplätze müssen neu geschaffen werden.

1972 wurden die Gewerbe- und Industriegebiete Krötensee, Kauerhof und Unterschwaig ausgewiesen, und zwar ca. 70 ha.

Durch 35 Firmen wurden die vorhandenen Flächen nahezu aufgebraucht und ca. 800 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die Ausweisung eines neuen, zusammenhängenden Industriegebietes ist daher unverzichtbar.

Argument + Gegenargument

1. Argument

Die Umwelt ist in der Vergangenheit so stark geschädigt worden, daß die Zerstörung eines weiteren Stück Natur für die Industriearnsiedlung nicht zu rechtfertigen ist.

Unser Gegenargument

Die Stadt Sulzbach-Rosenberg ist ein Mittelzentrum.

In Sulzbach-Rosenberg sollten daher Arbeitsplätze für die Bewohner der Stadt und der umliegenden Ortschaften entstehen. Wir wollen nicht, daß unsere Arbeitnehmer wegziehen müssen!

2. Argument

In und um Sulzbach-Rosenberg gibt es viele Gebiete, die für Industriegebiete geeignet sind.

Unser Gegenargument

Die Stadt soll nicht mit einem Kranz von vielen kleinen Industriegebieten umgeben und uns so von der Landschaft aussperren. Der notwendige Eingriff in die Natur soll an einer bestimmten Stelle erfolgen und nicht an vielen verschiedenen Plätzen!

3. Argument

Im Industriegebiet Unterschwaig sind noch freie Flächen vorhanden. Warum werden sie nicht zuerst bebaut?

Unser Gegenargument

Die vorhandenen freien Flächen werden landwirtschaftlich genutzt und sind zur Zeit nicht käuflich. Die Landwirte haben in Unterschwaig bereits große Flächen für die Industriearnsiedlung zur Verfügung gestellt. Ein weiterer Verkauf würde die Existenz ihrer landwirtschaftlichen Betriebe gefährden.

4. Argument

Möglich wäre beispielsweise ein Standort entlang der AS 35 im Anschluß an das Gewerbegebiet auf MH-Grundstücken. Oder das vom Landbauamt vorgeschlagene Gebiet für die BePo-Kaserne bei Kropfersricht/Siebeneichen.

Unser Gegenargument

Im Breitenbrunner Tal befinden sich städtische Brunnen für Trinkwasserversorgung. In der Karte vom Landkreis Amberg-Sulzbach ist zwischen dieser Kreisstraße und Breitenbrunn ein Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen!

5. Argument

Der Landesverband der Vogelschützer schlägt im Anschluß an die BePo-Kaserne in der Wagensaß als Industriestandort vor. Was spricht dagegen?

Unser Gegenargument

Der Bereich in der Wagensaß zwischen BePo-Kaserne - Autobahnzubringer - Haar und Grund ist ein zusammenhängendes, geschlossenes Waldgebiet mit wertvollen Baumbeständen und Feuchtgebieten. Es ist ökologisch viel bedeutsamer als die Fatzen.

6. Argument

Bei Kauerhof ist bereits ein Industriegebiet vorhanden. Warum wird das nicht erweitert?

Die Fatzen ist für die Industriearnsiedlung besser geeignet als alle anderen Gebiete im Stadtbereich. Es gibt keine ernsthafte Alternative.

Unser Gegenargument

Zwischen Kauerhof und Kempfenhof befindet sich ein Gewerbegebiet, in dem nichtstörende Betriebe untergebracht sind. Mit Rücksicht auf die Wohnhäuser in Kauerhof und Kempfenhof sollten dort keine Industriegebiete, sondern weiterhin nichtstörende Gewerbebetriebe angesiedelt werden. Eine Ausweitung nach Westen ist wegen des Naherholungsgebiets Wagensaß bedenklich.

7. Argument

Für die BePo wurde ein Standort am Feuerhof vorgeschlagen. Warum nimmt man ihn nicht für die Industrie?

Unser Gegenargument

Eine BePo-Kaserne ist eine Art Wohnbebauung und kein Industriebetrieb. Für die BePo-Standorte gelten andere Kriterien als für Industriestandorte.

8. Argument

Warum wird die Fläche beim Thuramentwerk nicht für Industriebetriebe verwendet?

Unser Gegenargument

Das Thuramentwerk hat jahrelang die Bewohner der Loh und des Tafelberges durch Lärm und Staub belästigt. In diesem Bereich sollten keine Industriebetriebe zugelassen werden.

